

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Yannick Lonkai

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Walther Schäfer

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Volt

Ratsmitglied Stefan Becker

Ratsmitglied Ulf Berner

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsvorsitzende Dr. Angela Kirstges

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti

Mitglied Fraktion FDP/FW

Ratsmitglied Thomas Lehmann

von der Verwaltung

Dezernent Thomas Bruns

Gleichstellungsbeauftragte Nele Sophie Bulla

Stv. Fachbereichsleitung 14 Jörg Engesser

Für das Rechtsamt Marion Winkel-Fiedelak

Protokollführerin

Fachbereich 14 Julia Muth

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Thorsten Moriße

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Ratsmitglied Detlef Stump

Ratsmitglied Michael von den Berg

Ratsmitglied Helga Weinstock

Ratsmitglied Olaf Werner

Geschäftsführerin Klinikum Wilhelmshaven

Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Norman Schaaf

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 4

Einwohnerfragestunde auf Seite 4 und 21

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|--------|--|-----------------|
| 6 | Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil | |
| 7 | Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 18.03. und 22.04.2026 | |
| 8 | Einwohnerfragestunde
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates) | I |
| 9 | Aktuelle Stunde | |
| 10 | Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses | |
| 11 | Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten | |
| 12 | Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block) | |
| 12.1 | Entsendung eines Vertreters in die Verbandsversammlung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Zweckverbandes für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen | 73/2026 |
| 12.2 | Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten | 159/2026 |
| 12.3 | Antrag Gruppe WIN@WBV, Volt: Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen | |
| 13 | Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat | |
| 13.1 | Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann) | |
| 13.1.1 | Pakt für Kommunalinvestitionen - Mittelverwendung | 154/2026 |
| 13.1.2 | Entsendung eines Vertreters in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG | 158/2026 |
| 13.1.3 | Bereitstellung Planungskosten für die Erstellung eines Betriebsorganisationskonzeptes und eines Raum- und Funktionsprogrammes für das Zentralklinikum | 166/2026 |
| 13.2 | Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhart) | |
| 13.2.1 | Antrag Ratsherr Brandt (SPD-Fraktion): Rückverlegung der Touristik-Information | 524/2026 |
| 13.3 | Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt) | |
| 13.3.1 | Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS | 95/2026 |
| 13.3.2 | Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien | 106/2026 |
| 13.3.3 | Verkauf Parkplatzfläche Gökerstraße 125 | 108/2026 |
| 13.3.4 | Konzeptvergabe Gewerbefläche B-Plan 191 - Bauens/Memershausen | 153/2026 |
| 13.3.5 | Antrag CDU-Fraktion: Planungskosten Umbau/Instandsetzung Aula Oberschule Stadtmitte | 507/2026 |
| 13.4 | Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße) | |
| 13.4.1 | Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW | 129/2026 |
| 13.4.2 | Videoüberwachung an Wertstoffsammelplätzen | 150/2026 |
| 13.5 | Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager) | |
| 13.5.1 | 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven | 125/2026 |
| 13.6 | Schulausschuss (Ratsherr Ehlers) | |
| 13.6.1 | Startchancen-Programm - Verwendung der Fördermittel | 137/2026 |
| 13.6.2 | Antrag Gruppe WIN@WBV, Volt: Durchführung einer Elternbefragung zur Vorbereitung der Entscheidung über die Errichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule (IGS) | 523/2026 |
| 14 | Anträge | |
| 14.1 | Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Sicherstellung der Informations- und Weisungsrechte des Rates gemäß § 138 NKomVG - Vorgänge in der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH | 519/2026 |
| 14.2 | Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Änderung der Geschäftsordnung des Rates | 520/2026 |
| 14.3 | Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Überarbeitung der Richtlinie über "Aufgaben und Verpflichtungen der städtischen Vertreter in Unternehmen und Einrichtungen" | 521/2026 |

- 14.4 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Einleitung und Sicherung einer städtebaulichen Neuordnung für die Fläche Ebertstraße / Virchowstraße / Rheinstraße **522/2026**
- 15 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

6 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Ratsvorsitzende Dr. Kirstges begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. **Oberbürgermeister Feist** zieht für die Verwaltung die Beschlussvorlage 159/2026 zurück, um zunächst eine juristische Klärung und damit Rechtssicherheit herbeizuführen.

Die Tagesordnung wird in geänderter Form bei einer Enthaltung einstimmig festgestellt.

7 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 18.03. und 22.04.2026

Herr Tönjes widerspricht der en-bloc-Abstimmung. Die Protokolle über die öffentliche gemeinsame Sitzung des Rates mit dem Kreistag des Landkreises Friesland vom 18.03.2026 und die öffentliche Sitzung des Rates vom 22.04.2026 werden wie folgt genehmigt:

- 18.03.2026 – 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen
- 22.04.2026 – 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen

8 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Es liegen keine Fragen vor.

9 Aktuelle Stunde

Es liegt kein Antrag auf Aktuelle Stunde vor.

10 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es liegen keine Berichte vor.

11 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist informiert, dass zum 1. Juni 2026 das neue Ratsinformationssystem eingeführt werde. Die Schulungen der Ratsmitglieder würden aktuell stattfinden. **Herr Heinemann** gibt bekannt, dass er die Zeit der Einführung für die Ratsmitglieder und die Öffentlichkeit als sehr sportlich erachte.

12 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)

12.1 Entsendung eines Vertreters in die Verbandsversammlung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Zweckverbandes für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen **73/2026**

Herr Block führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Oberbürgermeister Feist** informiert, dass Herr Berner als politischer Vertreter Mitglied der Verbandsversammlung ist. Eine Vertretung für ihn sei bislang allerdings noch nicht bestimmt und könne entweder nun, oder beim Tagesordnungspunkt 12.3 erfolgen. **Herr Burkhardt** bittet darum, dass jemand aus dem Gremium diese Aufgabe übernehmen würde. **Ratsvorsitzende Dr. Kirstges** bittet darum, die Benennung bei Tagesordnungspunkt 12.3. vorzunehmen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet gem. § 5 Abs. 1 der Verbandsordnung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Zweckverbandes für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen (OOZV) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 S. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Herrn Stadtrat Thomas Bruns in die Verbandsversammlung des OOZV.

Als Ersatzperson (Abwesenheitsvertreter) wird der Leiter des Fachbereichs Bürgerangelegenheiten, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Herr Ralf Janßen, benannt.

12.2 Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten **159/2026**

Beschluss: zurückgezogen

12.3 Antrag Gruppe WIN@WBV, Volt: Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen

Herr Becker gibt bekannt, dass **Prof. Dr. Weithöner** in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration anstelle von **Frau Dr. Kirstges** entsandt werde.

Für die Vertretung von Herrn Berner im Zweckverband Tierkörperbeseitigung schlägt **Herr Burkhardt Herrn Tönjes** vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

13 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat13.1 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)13.1. Pakt für Kommunalinvestitionen - Mittelverwendung

154/2026

1

Herr Heinemann führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Block** stellt den folgenden Änderungsantrag und begründet diesen:

Die der Stadt Wilhelmshaven vom Land Niedersachsen im Pakt für Kommunalinvestition zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 5,675 Mio. Euro sollen vorrangig für zusätzliche Investitionen in den Kommunen verwendet werden.

Die SPD beantragt die bereits in der Ausschreibung befindliche Maßnahmen oder bereits umgesetzten Maßnahmen nicht aus diesen Mitteln zu finanzieren.

Das betrifft die im Maßnahmenpaket aufgeführten Nummern der anliegenden Tabelle: 1,2,3,4,5,6,7,9,11,12,13,14,15,16,17 und 24.

Die freigewordenen Mittel in Höhe von 2,64 Millionen Euro werden für die Planung, den Bau und die Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte verwendet. Diese soll neben der Schulnutzung auch für kulturelle Veranstaltungen hergerichtet werden. Wir verweisen diesbezüglich auf den Antrag der CDU- Fraktion

Herr Lehmann stellt den folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die im Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorgesehene Streichung der Vorhaben Nrn. 1,2,3,4,5,6,7,9,11,12,13,14,15,16,17 und 24 in der Vorlage „Pakt für Kommunalinvestitionen“ wird abgelehnt
2. Die Restmittel aus dem Programm von 1,6 Mio. Euro werden für den sofortigen Beginn der Planungen für den Neubau oder die Renovierung einer Aula für BBS und OBS Mitte verwendet.
3. Der Bau/die Renovierung wird von einem privaten Unternehmen durchgeführt

Seine erheblichen rechtlichen Bedenken zum Punkt 3 des Änderungsantrags drückt **Oberbürgermeister Feist** aus. Er empfiehlt der Gruppe, diesen Punkt aus dem Änderungsantrag herauszulösen und als eigenständigen Antrag einzubringen. **Herr Block** führt aus, dass es auch deswegen sinnvoll sei, die Aula der OBS Mitte zu bauen, damit bei einer eventuell größeren Maßnahme am Stadttheater ein Ausweichort zur Verfügung stehe. **Herr Becker** bringt seine Zustimmung zum SPD- und seine Ablehnung zum FDP/Freie Wähler-Antrag vor. **Kämmerer Bruns** lenkt den Blick auf die Höhe der gebundenen Mittel durch die beiden Anträge und weist darauf

hin, dass in Bezug auf einen Klinik-Neubau Mittel benötigt würden. **Herr Burkhart** weist darauf hin, dass für die Reaktivierung der Aula auch andere Mittel – zum Beispiel aus dem Start-Chancen-Programm – genommen werden könnten. In seinem Schlusswort holt **Herr Lehmann** die Begründung nach, welches Ziel der Antrag verfolgt.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

- Punkt 1: abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen
- Punkt 2: abgelehnt 1 Ja-Stimme, 29 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen
- Punkt 3: abgelehnt bei 1 Ja-Stimme, 30 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

Zum Änderungsantrag der SPD führt **Herr Tönjes** aus, dass ihm die Grundlage der Auswahl nicht ersichtlich sei. Außerdem möchte er wissen, ob die Mittel dafür überhaupt einsetzbar seien. **Kämmerer Bruns** bestätigt dies. Er weist darauf hin, dass bei weiteren Maßnahmen mit Verzögerungen zu rechnen sei, da diese zusätzlich zu den bestehenden Maßnahmen abgearbeitet werden müssten. Herr Hager führt aus, wie die Auswahl getroffen worden sei. **Herr Burkhart** bringt den folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Streiche die Wörter „den Bau“ aus dem Änderungsantrag.

Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Tönjes erklärt, dass seine Gruppe dem Änderungsantrag der SPD nicht zustimmen werde.

Der Änderungsantrag der SPD wird bei 24 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

~~Der Rat der beschließt die Verwendung der Mittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen zur Finanzierung bzw. zur Teilfinanzierung des anliegenden Maßnahmenpakets.~~

Die der Stadt Wilhelmshaven vom Land Niedersachsen im Pakt für Kommunalinvestition zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 5,675 Mio. Euro sollen vorrangig für zusätzliche Investitionen in den Kommunen verwendet werden.

Die SPD beantragt die bereits in der Ausschreibung befindliche Maßnahmen oder bereits umgesetzten Maßnahmen nicht aus diesen Mitteln zu finanzieren.

Das betrifft die im Maßnahmenpaket aufgeführten Nummern der anliegenden Tabelle: 1,2,3,4,5,6,7,9,11,12,13,14,15,16,17 und 24.

Die freigewordenen Mittel in Höhe von 2,64 Millionen Euro werden für die Planung, den Bau und die Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte verwendet. Diese soll neben der Schulnutzung auch für kulturelle Veranstaltungen hergerichtet werden. Wir verweisen diesbezüglich auf den Antrag der CDU-Fraktion

- 13.1. Entsendung eines Vertreters in die Generalversammlung der ITEBO **158/2026**
2 Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG

Herr Heinemann führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

In die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG wird Herr Tino Hoffmann als stimmberechtigter Vertreter der Stadt Wilhelmshaven entsandt, als sein Vertreter wird Herr Steffen Wedemeyer benannt.

- 13.1. Bereitstellung Planungskosten für die Erstellung eines **166/2026**
3 Betriebsorganisationskonzeptes und eines Raum- und Funktionsprogrammes für das Zentralklinikum

Herr Heinemann führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH wird ein Planungskostenzuschuss in Höhe von 375.000 € gewährt. Die Verwaltung wird ermächtigt, diesen entsprechend zu leisten.

- 13.2 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter
Burkhart)

- 13.2. Antrag Ratsherr Brandt (SPD-Fraktion): Rückverlegung der Touristik- **524/2026**
1 Information

Herr Brandt führt in den Antrag ein und begründet diesen ausführlich. **Herr Block** erläutert, dass innerhalb der SPD-Fraktion die Abstimmung freigegeben sei. **Herr Burkhardt** informiert über die Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen. Dort habe die WTF umfangreich erläutert, warum die WTF die Verlagerung vorgenommen habe und welche weiteren Maßnahmen bereits eingeleitet worden seien und noch folgen würden. Der Ausschuss habe die Entscheidung der Gesellschafterversammlung akzeptiert. **Herr Tönjes** teilt die Bedenken von Herrn Brandt, dass die Interessen der Bevölkerung durch die Verlagerung nicht ausreichend berücksichtigt worden sein könnten. Gleichwohl vertraue er dem angekündigten engen Monitoring der WTF. Frau Schröder erinnert daran, dass die Erreichbarkeit für Menschen mit körperlichen Einschränkungen und Ältere eingeschränkt sei. Sie wünsche sich statt einer Tourist-Info eine Bürger-

Info in der Innenstadt, die von mehreren Institutionen gemeinsam betrieben und finanziert würde.

Herr Baruschke bezieht sich auf die Präsentation der WTF und führt aus, dass er die Inhalte kritisch und zum Teil widersprüchlich sehe. Das Ziel der Förderung der Innenstadt würde mit der Verlagerung der Tourist-Info konterkariert werden. **Frau Stomberg** schließt sich der Meinung von Herrn Baruschke an. **Herr Schön** erläutert, warum er gegen diese Vorlage stimmen werde. Die alte Tourist-Info sei nicht attraktiv gewesen – im Gegensatz zur Jadeallee, die deutlich aufgewertet worden sei. Er sei von der Präsentation der WTF sehr angetan gewesen. Den Aussagen von Herrn Schön schließt sich **Herr Lehmann** an. **Frau Zaage** berichtet, dass sie die Situation vor Ort durch ihre Taxifahrer habe beobachten lassen. Der alte Standort sei wenig frequentiert worden. Die Tourist-Info an der Südstrandpromenade werde deutlich mehr genutzt. **Herr Heinemann** berichtet von der Diskussion aus dem Seniorenbeirat. Für die Bürger*innen, die nicht direkt an der NordseePassage wohnen würden, sei egal, ob sie zur NordseePassage oder zur Jadeallee fahren müssten. Auch für die Tourist*innen sei unerheblich, ob eine Tourist-Info direkt am Bahnhof, oder in Nähe der Sehenswürdigkeiten sei. **Herr Berner** weist darauf hin, dass die Belegung der Innenstadt nichts mit der Diskussion um die Tourist-Info zu tun habe. Bei der Entscheidung für die richtige Örtlichkeit der Tourist-Info vertraue er den Fachleuten. **Frau Bakir-Block** empfindet den Service vor Ort als wichtiger als digitale Angebote. **Prof. Dr. Weithöner** bezieht sich auf das Argument, für ältere Menschen einen Verkauf von Bahntickets in der Innenstadt zu haben. Dies sei für Bahngesellschaften und Agenturen schlichtweg nicht mehr wirtschaftlich und deswegen unwirtschaftlich. **Herr Becker** weist darauf hin, dass Bahntickets nicht in der Tourist-Info, sondern in der Buchhandlung in der NordseePassage verkauft würden. Außerdem erinnert er daran, dass die Gesellschafterversammlung der WTF, die aus den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestehe, die Entscheidung nach Darlegung der Gründe der Fachleute getroffen habe. **Frau Heide** kenne nach eigener Aussage keine Stadt, in der die Tourist-Info nicht zentral liege. **Herr Brandt** erinnert daran, dass unmittelbar vor der ehemaligen Tourist-Info ein großes Parkhaus vorhanden sei. Das Argument der schlechten Erreichbarkeit für Autos könne er also nicht nachvollziehen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt

1. Der Rat beschließt die Prüfung der Rückverlegung der Touristik-Information in unmittelbare Nähe des Bahnhofes oder der Innenstadt.
2. Die Gesellschafterversammlung WTF bzw. die Ratsmitglieder der Gesellschafterversammlung werden aufgefordert, sich mit dem Antrag zu beschäftigen.
3. Ein Ergebnis ist bis spätestens September 2026 vorzulegen.

13.3. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS

95/2026

1

Herr Schön führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderungssatzung zu der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ gemäß Anlage.

13.3. Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien

106/2026

2

Herr Schön führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Ehlers** erkundigt sich, ob gegen Sturm- und Hagelschäden keine Versicherung abgeschlossen sei. **Kämmerer Bruns** informiert, dass gutachterlich eine Prognose getroffen worden sei und anschließend eine Abwägung zur Anzahl der Schadensereignisse und der Höhe der Versicherungsprämie erfolgt wäre. Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** und **Herrn Burkhardt** gibt **Kämmerer Bruns** bekannt, dass keine Bauunterhaltungsmittel vorgehalten werden müsste, wenn die Schäden von einer Versicherung übernommen werden müssten. **Frau Zaage** erläutert, dass dafür die Rückstellungen im Haushalt reduziert werden könnten. Die Widersprüchlichkeit der Formulierung aufzulösen, bittet Herr Tönjes die Verwaltung – notfalls durch Streichung des Satzes. Daraufhin stellt **Oberbürgermeister Feist** den Änderungsantrag wie folgt:

Streiche den letzten Satz des 1. Absatzes.

Der Änderungsantrag wird bei 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen mehrheitlich angenommen. **Frau Kloster** weist darauf hin, dass in der Vorlage die Finanziellen Auswirkungen nicht ausgefüllt worden seien. Kämmerer Bruns erläutert, dass keine Mehrkosten und somit keine finanziellen Auswirkungen anfallen würden.

Herr Burkhardt kritisiert die Aussage des Oberbürgermeisters und weist darauf hin, dass die Auswirkungen auszufüllen seien.

Pause: 17:09 Uhr bis 17:27 Uhr

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung der Gebäude- und Inventarversicherung sowie der Elektronikversicherung den aktuell bestehenden Versicherungsumfang um das Risiko Leitungswasser für alle Objekte zu erweitern.

Ziel ist die Neuvergabe zum 01.01.2027 mit einer Laufzeit von drei Jahren sowie anschließender einjähriger Verlängerung.

13.3. Verkauf Parkplatzfläche Gökerstraße 125

108/2026

3

Herr Schön führt in die Vorlage ein und begründet diese. Er bringt für die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion sowie die Gruppe Win@WBV, Volt den folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Dem Verkauf des Grundstückes (Parkplatzfläche Gökerstr. 125 [Gemarkung Rüstringen, Flur 1, Flurstück 6/4], Gesamtfläche von ca. 485 m²) wird nur zugestimmt unter der Voraussetzung, dass im Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 23, 1. Änderung (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 030) -Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten) folgende Fristen festgesetzt werden:

(1) Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans einen vollständigen und genehmigungsfähigen Bauantrag für das Vorhaben einzureichen. Mit dem Vorhaben ist spätestens ½ Jahr nach Rechtskraft der Genehmigung zu beginnen und wird spätestens 36 Monate nach Rechtskraft der Genehmigung fertiggestellt sein. Bei Nichteinhaltung dieser Fristen ist das Grundstück zu Lasten der Vorhabenträgerin an die Stadt Wilhelmshaven eigentumstechnisch zurückzuübertragen.

(2) Diese Fristen und Rückübertragungspflichten gelten auch im Falle des Weiterverkaufs durch die Vorhabenträgerin für alle zukünftigen Eigentümer des Grundstückes.

(3) Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Rückübertragungsverpflichtungen gem. Ziff. 1 und 2 bereits bei Vertragsschluss notariell abgesichert werden.

Herr Tönjes fragt, warum so enge Fristen angesetzt seien. **Herr Schön** weist daraufhin, dass der Antrag verständlich und selbsterklärend sei. Die Daten würden vorliegen. Aus den Antworten des Auskunftsverlangens seiner Gruppe sei deutlich geworden, dass die Verschuldung der Verzögerung nicht ausschließlich beim Investor liegen würden, so **Herr Tönjes**. Deswegen könne er die kurzgesetzten Fristen für den Investor nicht nachvollziehen, ohne die Klärung einer Verschuldensfrage einzuleiten. **Herr Ehlers** drückt seine Unterstützung für den Antrag aus und regt an, den Kaufpreis festzusetzen. Er halte es für nicht sinnvoll, dass der Rückkaufpreis höher als der Verkaufspreis sei.

Herr Tönjes stellt den folgenden Änderungsantrag und begründet diesen:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Gruppe WIN@WBV, Volt wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans einen vollständigen Bauantrag einzureichen. Mit dem Vorhaben ist spätestens 18 Monate nach Bestandskraft der Baugenehmigung zu beginnen. Die Fertigstellung soll innerhalb von 48 Monaten nach Bestandskraft der Baugenehmigung erfolgen.

Die vorgenannten Fristen verlängern sich angemessen, soweit Verzögerungen nicht von der Vorhabenträgerin zu vertreten sind. Dies gilt insbesondere bei:

- Verzögerungen im Zusammenhang mit bauleitplanerischen Verfahren,
- behördlichen Abstimmungen,
- naturschutzrechtlichen oder immissionsschutzrechtlichen Anforderungen,
- gerichtlichen Verfahren,
- Verzögerungen durch öffentliche Stellen,
- Finanzierungshindernissen infolge nachträglicher Änderungen kommunaler Vertragsbedingungen,
- höherer Gewalt oder vergleichbaren Umständen.“

2. Der Satz:

„Bei Nichteinhaltung dieser Fristen ist das Grundstück zu Lasten der Vorhabenträgerin an die Stadt Wilhelmshaven eigentumsrechtlich zurückzuübertragen.“

wird ersetzt durch:

„Ein Wiederkaufs- oder Rückübertragungsrecht der Stadt besteht nur bei erheblicher und schuldhafter Verletzung der vertraglichen Durchführungspflichten durch die Vorhabenträgerin. Vor Ausübung eines Wiederkaufs- oder Rückübertragungsrechts ist der Vorhabenträgerin eine angemessene Nachfrist einzuräumen.“

3. Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

„Die Verpflichtungen gelten für Rechtsnachfolger nur insoweit, wie diese die Durchführung des Vorhabens tatsächlich übernehmen und die vertraglichen Verpflichtungen ausdrücklich übernehmen.“

4. Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Durchführungsvertrages angemessene und verhältnismäßige Sicherungsmechanismen zu vereinbaren. Dabei sind insbesondere die Grundsätze der Gleichbehandlung vergleichbarer Vorhaben, der Verhältnismäßigkeit sowie die Finanzierbarkeit des Vorhabens zu berücksichtigen.“

Herr Heinemann empfindet die beantragten Änderungen als Abschreckung ernstgemeinter Investoren. **Herr Tönjes** hebt hervor, dass es in der Vergangenheit

nicht immer nur am Investor gelegen habe, dass es zu Verzögerungen gekommen sei. Ein Recht auf Priorisierung in der Bauverwaltung hätten Antragsteller nicht.

Der Antrag wird bei 8 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Ehlers stellt den folgenden Änderungsantrag und begründet diesen:

Ergänze Absatz 4 zum Änderungsantrag SPD, CDU, WIN@WBV, Volt

(4) Der Rückkaufpreis ist vertraglich auf maximal den Kaufpreis festzuschreiben.

Der Antrag wird bei 26 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Herr Schön nimmt ausdrücklich Stadtbaurat Marusic und sein Team in Schutz. Man sei dabei, dem Investor eine goldene Brücke zu bauen. Dieser müsse dann auch liefern. Die Bauverwaltung habe zehn Jahre lang alles getan, um dem Investor das Bauen zu ermöglichen. Dies sei nicht abschreckend für Investoren.

Der geänderte Ursprungsantrag wird bei 25 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Herr Lehmann erklärt, warum er beide Änderungsanträge abgelehnt habe. Der Vorgang sei ein üblicher, eine Gängelung des Investors könne er nicht erkennen. Herr Tönjes erklärt sein Unbehagen mit dem Beschluss und den Änderungsanträgen. Auf Nachfrage von **Herrn Brandt** führt **Frau Burmeister** aus, dass regelmäßig von GGS kontrolliert werde, ob der Verpflichtung der Pflege des Denkmals nachgekommen werde. Dies sei ebenfalls im Hauptvertrag enthalten

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Der Rat stimmt dem **Verkauf** der noch zu vermessenden **Parkplatzfläche Gökerstr. 125** (Gemarkung Rüstringen, Flur 1, Flurstück 6/4) mit einer Gesamtfläche von ca. 485 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 130 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme **in Höhe von ca. 63.050 €** an **Botanischer Wohngarten GmbH, Planckstr. 18, 26389 Wilhelmshaven** zu.

Dem Verkauf des Grundstückes (Parkplatzfläche Gökerstr. 125 [Gemarkung Rüstringen, Flur 1, Flurstück 6/4], Gesamtfläche von ca. 485 m²) wird nur zugestimmt unter der Voraussetzung, dass im Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 23, 1. Änderung (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 030) -Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten) folgende Fristen festgesetzt werden:

(1) Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans einen vollständigen und genehmigungsfähigen Bauantrag für das Vorhaben einzureichen. Mit dem Vorhaben ist spätestens ½ Jahr nach Rechtskraft der Genehmigung zu beginnen und wird spätestens 36 Monate nach Rechtskraft der Genehmigung fertiggestellt sein. Bei Nichteinhaltung dieser Fristen ist das Grundstück zu Lasten der Vorhabenträgerin an die Stadt Wilhelmshaven eigentumstechnisch zurückzuübertragen.

(2) Diese Fristen und Rückübertragungspflichten gelten auch im Falle des Weiterverkaufs durch die Vorhabenträgerin für alle zukünftigen Eigentümer des Grundstückes.

(3) Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Rückübertragungsverpflichtungen gem. Ziff. 1 und 2 bereits bei Vertragsschluss notariell abgesichert werden.

(4) Der Rückkaufpreis ist vertraglich auf maximal den Kaufpreis festzuschreiben.

13.3. Konzeptvergabe Gewerbefläche B-Plan 191 - Bauens/Memershausen **153/2026**
4

Herr Schön führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Burkhart** informiert, dass der Ortsrat den vorliegenden Antrag unterstützen und begrüßen würde. Außerdem informiert er über die Diskussionen in den Fachausschüssen und die daraus resultierenden Ergänzungen der Vorlage. Herr Lehmann zeigt sich irritiert, dass der RPA-Leiter im Verwaltungsausschuss von einer Rechtswidrigkeit nach §125 NKomVG gesprochen habe. **Herr Engesser** widerspricht und stellt klar, dass das RPA keinerlei Bedenken habe, wenn der Rat der Vorlage zustimmen würde. Er habe lediglich den Hinweis gegeben, dass auch ein Kaufpreisangebot hätte eingefordert werden könne. **Frau Kloster** bittet darum, dass die Vorlage als NEU gekennzeichnet werden solle im Sinne der Transparenz, dass diese in den Ausschüssen in anderer Form behandelt worden sei. **Herr Block** drückt seine Unterstützung für die Vorlage aus.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Die Gewerbefläche im B-Plan 191 wird gemäß des anliegenden Ausschreibungstextes zum Verkauf nach Konzept zu einem Preis von 45 €/m² angeboten.

13.3. Antrag CDU-Fraktion: Planungskosten Umbau/Instandsetzung Aula **507/2026**
5 Oberschule Stadtmitte

Herr Ehlers führt in den Antrag ein und begründet diesen. Außerdem bringt er folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen ebenfalls:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. bleibt
2. bleibt
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die über den Pakt für Kommunalinvestition bereitgestellten 2,64 Millionen Euro im Wirtschaftsplan der GGS für die Planung, den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte durch einen Generalunternehmer, die neben der Schulnutzung auch für kulturelle Veranstaltungen hergerichtet werden soll, bereit zu stellen.

Oberbürgermeister Feist informiert, er habe mit Stadtbaurat Marusic zur Thematik Generalunternehmer telefoniert. Die Grenzen und Möglichkeiten sowie die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile dieses Verfahrens müssten geprüft werden. GGS sei allerdings noch ganz am Anfang dieser Prüfung. Deswegen bitte er, dass die Stadt den Prüfauftrag erhalte, aber noch keine zwingende Vergabe an einen Generalunternehmer beschlossen werde. **Herr Ehlers** zieht seinen Änderungsantrag zurück und stellt stattdessen den nachfolgenden Änderungsantrag:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. GGS ermittelt die erforderlichen Planungskosten für den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte vor den Haushaltberatungen für das Jahr 2027.
2. In den Wirtschaftsplan 2027 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude werden die ermittelten Planungskosten für den Umbau der Aula auf dem Gelände der Oberschule Stadtmitte eingestellt.
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die über den Pakt für Kommunalinvestition bereitgestellten 2,64 Millionen Euro im Wirtschaftsplan der GGS für die Planung, den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte, die neben der Schulnutzung auch für kulturelle Veranstaltungen hergerichtet werden soll, bereit zu stellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Vergabe an einen Generalunternehmer zulässig ist.

Kämmerer Bruns weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung bereits über dieses Thema beschlossen worden seien. Deswegen bitte er darum, den Hinweis auf die Mittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen in dem Antrag zu ergänzen.

Herr Burkhardt möchte wissen, ob bei Zustimmung zu diesem Antrag der vorherige Beschluss des Baus einer Aula aufgehoben werde, da in diesem Antrag der Umbau bzw. die Instandsetzung beschlossen werde. Außerdem bitte er um Klärung, ob die dort stattfindenden kulturellen Veranstaltungen nur für die Schule oder auch für eine allgemeine Öffentlichkeit durchgeführt werden können sollen. **Herr Ehlers** informiert, dass die Aula ggf. als Ausweichspielort der Landesbühne genutzt

werden solle. Es sei wichtig, kommunale Räumlichkeiten als Ausweichflächen vorzuhalten. Daneben gebe es noch diverse andere Veranstaltungen, die hier denkbar wären.

Herr Ehlers stellt daraufhin den folgenden Änderungsantrag:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. GGS ermittelt die erforderlichen Planungskosten für den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte vor den Haushaltberatungen für das Jahr 2027.
2. In den Wirtschaftsplan 2027 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude werden die ermittelten Planungskosten für den Umbau der Aula auf dem Gelände der Oberschule Stadtmitte eingestellt, unter Berücksichtigung der Beschlusslage zum Pakt für Kommunalinvestitionen (Vorlage 154/26).
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die über den Pakt für Kommunalinvestition bereitgestellten 2,64 Millionen Euro im Wirtschaftsplan der GGS für die Planung, den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte, die neben der Schulnutzung auch für kulturelle Veranstaltungen hergerichtet werden soll, bereit zu stellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Vergabe an einen Generalunternehmer zulässig ist.

Herr Burkhardt wiederholt seine Fragen und fragt ergänzend nach den Mehrkosten, wenn eine Veranstaltungsstätte ausschließlich für die Schule bzw. eine für die Öffentlichkeit errichtet würde. Diese Frage kann spontan nicht von der Verwaltung beantwortet werden. Zur Frage nach einer möglichen Wechselwirkung beider Beschlüsse bestätigt **Kämmerer Bruns**, dass dies nicht der Fall sei. **Herr Lehmann** drückt sein Entsetzen aus und bringt sein Unverständnis zum Ausdruck. Frau Schröder unterstreicht den Sinn einer räumlichen Möglichkeit als Ausweichfläche für kulturelle Veranstaltungen. **Herr Burkhardt** warnt vor einem Blindflug, bei dem die Kosten nicht abschätzbar wären. Er sehe nicht, dass eine Aula direkt neben der Schule für eine kulturelle Dauernutzung nicht geeignet sei, auch nicht temporär. In seinem Schlusswort erläutert **Herr Ehlers**, dass der Schule ein starkes Signal gegeben werde und gleichzeitig ein Ersatzort geschaffen werde, der bei ungeplanten und kurzfristigen Schwierigkeiten genutzt werden könne.

Der Änderungsantrag wird bei 25 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

~~Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:~~

- ~~1. GGS ermittelt die erforderlichen Planungskosten für den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte vor den Haushaltberatungen für das Jahr 2027.~~
- ~~2. In den Wirtschaftsplan 2027 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude werden die ermittelten Planungskosten für den Umbau der Aula auf dem Gelände der Oberschule Stadtmitte eingestellt.~~

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. GGS ermittelt die erforderlichen Planungskosten für den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte vor den Haushaltberatungen für das Jahr 2027.
2. In den Wirtschaftsplan 2027 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude werden die ermittelten Planungskosten für den Umbau der Aula auf dem Gelände der Oberschule Stadtmitte eingestellt, unter Berücksichtigung der Beschlusslage zum Pakt für Kommunalinvestitionen (Vorlage 154/26).
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die über den Pakt für Kommunalinvestition bereitgestellten 2,64 Millionen Euro im Wirtschaftsplan der GGS für die Planung, den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte, die neben der Schulnutzung auch für kulturelle Veranstaltungen hergerichtet werden soll, bereit zu stellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Vergabe an einen Generalunternehmer zulässig ist.

13.4 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)

13.4. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW

129/2026

1

Herr Becker führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderungssatzung zu der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“ gemäß Anlage.

13.4. Videoüberwachung an Wertstoffsammelplätzen

150/2026

2

Herr Becker führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Burkhardt** stellt das Verfahren in Frage und führt an, dass sicherlich mildere Maßnahmen hätten eingeführt werden können, die kostensparender wären. Die abschreckende Maßnahme der Videoüberwachung sei letztendlich nicht mal rechtlich verwertbar. **Herr Block** erinnert an die langjährigen Diskussionen und Anträge und sieht die Einführung der Videoüberwachung als den richtigen Weg. **Frau Stomberg** betont, dass sie voll hinter dem Antrag stehen würde. **Herr Tönjes** widerspricht der Aussage von Herrn Block, dass die Videoüberwachung in der Innenstadt Erfolge gezeigt habe. Er sehe stattdessen eine räumliche Verlagerung der Taten. Er selbst sehe die ganze Sache höchst ambivalent und würde mildere Mittel wie Mülldetektive vorziehen. An der weiteren Diskussion beteiligen sich die **Herren Baruschke, Becker, Berner, Lehmann, Schön, Walpurgis** und **Frau Kloster** sowie die **Herren Prof. Dr. Weithöner** und **Block**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Der Rat beschließt, dass an den folgenden Wertstoffsammelplätzen eine Videoüberwachung nach dem Modell der Stadt Garbsen durchgeführt werden soll:

1. Banter Markt
2. Bremer Straße (WSA)
3. Neuengrodener Weg (Kaufland)
4. Pommersche Straße

Pause: 18:45 Uhr bis 19:00 Uhr

13.5 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

13.5. 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung **125/2026** 1 Wilhelmshaven

Herr Hager führt in die Vorlage ein und begründet diese. Er fordert eine Überprüfung und Anpassung der Krippengebühren. **Frau Heide** hebt die Fortschritte in der Kinderbetreuung hervor, weist aber gleichzeitig auf die Schwierigkeiten durch den Personalmangel. **Herr Tönjes** kritisiert, dass Herr Hager nicht die Beschlussvorlage und die Begründung der Verwaltung, sondern sehr viel eigene Meinung eingebracht habe. Er hätte sich eine klarere Trennung gewünscht. Außerdem weist er auf die Kritik von Herrn Hager an der Landesregierung, der die SPD angehöre, hin. Hier solle die örtliche SPD doch eher in den direkten Dialog mit ihrer Partei gehen, um eine Verbesserung zu erzielen. Frau Stomberg weist auf den hohen Bedarf an Fachkräften hin. Die Öffnungszeiten sowie die Erreichbarkeiten der Einrichtungen seien ein wichtiger Faktor, der in den Blick genommen werden müsse.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird in anliegender Fassung beschlossen.

13.6 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

13.6. Startchancen-Programm - Verwendung der Fördermittel

137/2026

1

Herr Ehlers führt in die Vorlage ein und begründet diese. Im Schulausschuss sei der gleich folgende Änderungsantrag einstimmig beschlossen und die geänderte Vorlage dann vertagt worden. Dieses Verfahren wolle er auch jetzt anwenden. Herr Ehlers bringt den folgenden Antrag ein und begründet diesen:

Der Beschlussvorschlag nimmt inhaltlich Bezug auf die Begründung und die Anlage. Die Begründung und die Anlage werden dahingehend geändert, dass unter der Überschrift Marion-Dönhoff-Schule folgender Text eingefügt wird: Bau einer Freiluftarena am neuen Standort in der Möwenstraße (im Bereich der Sportanlage Plauenstraße).

Herr Burkhardt weist darauf hin, dass die Freiluftarena auch für die Ausübung des Hockeysports ausgerichtet werden könnte. Dies wolle er in der weiteren Beratung in den Gremien als Änderungsantrag einbringen. Er finde es außerdem misslich von der Landesregierung, dass das Start-Chancen-Programm keine Anpassung auf künftige Schülerströmungen zulasse. **Herr Lehmann** sieht keinen sachlichen Zusammenhang zwischen dem Start-Chancen-Programm und der Verwendung der Gelder für einen Sportpark. Aus diesem Grund werde er den Antrag ablehnen. **Herr Schön** signalisiert Zustimmung.

Der Änderungsantrag wird bei 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Herr Burkhardt stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Der Vertagungsantrag wird bei 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Beschluss: vertagt

13.6. Antrag Gruppe WIN@WBV, Volt: Durchführung einer Elternbefragung zur Vorbereitung der Entscheidung über die Errichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule (IGS)

523/2026

2

Herr Bulla zieht den Antrag zurück und begründet dies damit, dass die Zeit noch nicht dränge, und zunächst Klarheit zur Ausführung der Elternbefragung zwischen Schulamt und zuständiger Dezernentin hergestellt werden solle. **Herr Ehlers** und **Herr Bulla** tauschen sich dazu aus, wie und wann die Einlassung der Schuldezernentin im Schulausschuss erfolgen solle.

Beschluss: zurückgezogen

14 Anträge

- 14.1 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Sicherstellung der Informations- und Weisungsrechte des Rates gemäß § 138 NKomVG - Vorgänge in der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **519/2026**

Herr Tönjes führt in den Antrag ein.

Er stellt den Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse.

Der Antrag wird bei 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen

- 14.2 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Änderung der Geschäftsordnung des Rates **520/2026**

Herr Tönjes führt in den Antrag ein.

Er stellt den Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse.

Der Antrag wird bei 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen

- 14.3 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Überarbeitung der Richtlinie über "Aufgaben und Verpflichtungen der städtischen Vertreter in Unternehmen und Einrichtungen" **521/2026**

Herr Tönjes führt in den Antrag ein.

Er stellt den Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse.

Der Antrag wird bei 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen

- 14.4 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Einleitung und Sicherung einer städtebaulichen Neuordnung für die Fläche Ebertstraße / Virchowstraße / Rheinstraße **522/2026**

Herr Tönjes führt in den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schön freut sich auf die Diskussion im Bauausschuss. **Herr Burkhardt** fügt an, dass auch der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen beteiligt werden solle.

Herr Tönjes stellt den Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse.

Der Antrag wird bei 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen

15 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem.
§ 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Es liegen keine Fragen vor.

Ende der Sitzung: 19:33 Uhr

gez.

Dr. Kirstges
Ratsvorsitzende

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Muth
Protokollführerin